Wasserrechtliche Bewilligung und Ausnahmegewilligung

Gemeinde Beinwil: Generelle Wasserversorgungsplanung (Teil-GWP) für das Gebiet „Rotmatt“

Gestützt auf die in den Erwägungen unter Ziffer 2.2.1 aufgeführten gesetzlichen Bestimmungen wird der Gemeinde Beinwil die wasserrechtliche Bewilligung und die Ausnahmegewilligung erteilt, die Wassererschliessung des Gebietes „Rotmatt“ vorzunehmen sowie das Areal und die Bauverbotszonen der nachstehenden Bäche gemäss Plan Nr. 3496 / 1 „Teil Generelle Wasserversorgungsplanung Rotmatt, Situation 1:2'000 wie folgt zu beanspruchen:

- Unterqueren des Rotmattbaches im Gebiet „Grosse Rotmatt“ (Koord. 609'800/243'515) mit einer Wasserleitung PE 140/123 mm und durchqueren der Bauverbotszone beidseits des Baches mit der Leitung;
- Unterqueren des Scheltenbaches im Gebiet „Grosse Rotmatt“ (Koord. 609'830/243'360) mit einer Wasserleitung PE 110/90 mm und durchqueren der rechtsseitigen Bauverbotszone des Baches mit der Leitung bzw. verlegen der Leitung in der linksseitigen Bauverbotszone des Baches.

Dabei sind folgende Auflagen und Bedingungen verbindlich:

1. Die Erteilung der Baubewilligung durch die örtliche Baubehörde bleibt vorbehalten.
2. Die Bewilligungsinhaberin hat die ausführende Bauunternehmung über den Inhalt dieser Bewilligung in Kenntnis zu setzen.
3. Bei den Bachunterquerungen ist zwischen den Scheiteln der Wasserleitungen und der jeweiligen Bachsohle eine Überdeckung von mindestens 1 m einzuhalten. Falls die Leitungen einbetoniert werden, gilt dieser Abstand von der Betonoberkante.
4. Bei der Verlegung der Wasserleitungen in der Bauverbotszone der Bäche darf kein Aushubmaterial in die Bäche gelangen.
5. Nach Verlegung der Wasserleitungen sind die Bachprofile bei allen Berührungspunkten wieder in Stand zu stellen.
6. Rechte Dritter sowie bestehende und künftige Gesetze bleiben vorbehalten. Privatrechtliche Einwendungen gegen das Vorhaben sind an den Zivilrichter zu verweisen. Eine Inanspruchnahme des Grundeigentums Dritter ist von der Bewilligungsinhaberin mit den Grundeigentümern direkt zu regeln.
7. Die Bewilligungsinhaberin haftet für alle Folgen, die sich aus der Verlegung und aus dem Bestand der bewilligten Leitungen ergeben. Der Staat übernimmt keine Haftung für Schäden, die durch Hochwasser oder andere Ereignisse an den Leitungen entstehen.

8. Werden an den Gewässern im öffentlichen Interesse irgendwelche Veränderungen vorgenommen, so hat die Bewilligungsinhaberin alle Umtriebe und Inkonvenienzen ohne Entschädigungsanspruch zu dulden und die im Gewässerareal bzw. in der Bauverbotszone liegenden Teile der Leitungen wenn nötig auf eigene Kosten den neuen Verhältnissen anzupassen oder zu entfernen. Die Bewilligungsinhaberin hat auch alle Mehrkosten für Erschwernisse zu übernehmen, die wegen den Leitungen bei einem Ausbau bzw. Unterhalt der Gewässer entstehen.
9. Die Übertragung der Bewilligung auf einen neuen Inhaber ist dem Bau- und Justizdepartement zu melden.